



Geschäftsführung Integrationsrat

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 24.08.2022

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 16.08.2022, 16:00 Uhr bis 17:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal
Bitte beachten Sie die aktuellen Hinweise zum Corona Infektionsschutz.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan	Polnische-Deutsche Liste
Herr Ahmet Edis	Grün Offene Liste
Herr Dr. John Akude	CDU
Herr Mario Michalak	GRÜNE
Frau Dilan Yazicioglu	GRÜNE
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Frau Claudia Brock-Storms	SPD
Herr Lukas Lorenz	SPD
Frau Sarah Niknamtavin	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Isabella Venturini	Volt

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Mechthild Böll	GRÜNE	Vertreterin für Marion Heuser
Frau Sigita Gelbach	SPD Liste	Vertreterin für Tayfun Keltek
Herr Anton Rütten	SPD Liste	Vertreter für Antonietta Abbruscato

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Alparslan Babaoglu-Marx	SPD Liste
Herr Turan Özküçük	SPD Liste
Frau Gönül Topuz	SPD Liste
Frau Elizaveta Khan	Grün Offene Liste
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Herr Musa Yüceel	Liste Kölner Vielfalt

Herr Luca Paglia	Italia Integra
Frau Carine Weber	Kölner Verbund der Migrantenorganisationen
Herr Fardad Hooghoughi	Liberales Vielfalt
Herr Luziano Gonzalez Tejon	Einzelbewerber Gonzales Tejon

Verwaltung

Frau Susanne Kremer-Buttkereit	Verwaltung - Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums
Frau Bettina Baum	Verwaltung - Leiterin des Amtes für Integration und Vielfalt
Frau Ulrike Willms	Verwaltung - Leiterin des Ausländeramtes
Frau Margarete July	Verwaltung – Amt für Wohnungswesen
Herr Andreas Vetter	Verwaltung – Geschäftsstelle Integrationsrat

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Frau Regina Schlimkowski

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek	SPD Liste
Frau Antonietta Abbruscato	SPD Liste
Herr Malik Karaman	SPD Liste
Herr Christophe Twagiramungu Mugabowindekwe	SPD Liste
Frau Aylin Yildirim	SPD Liste
Frau Dorsa Billstein	Grün Offene Liste
Frau Vivian Berhane	09.06.2020 bis 23.10.2020 Linke Internationale Liste
Herr Stefan-Lazar Mitu	Offene Liste Orthodoxe Christen Köln
Frau Eugenie Rempel	HEIMAT-Rodina
Herr Ali Esen	Liste GÜVEN

IRM Frau Klimaszewska-Golan begrüßt, in Stellvertretung des verhinderten Vorsitzenden Herrn Keltek, die Mitglieder des Integrationsrates und stellt die Tagesordnung vor.

Mit den Vorschlägen, TOP 5.9 ‚Sachstandsbericht Ukraine Geflüchtete‘ und 5.12 ‚Aufgabe des Standorts am Südstadion‘ unter TOP 0 ‚Situation der Aufnahme von Geflüchteten‘, sowie TOP 5.4 ‚Zielbild des Ausländeramtes‘ mit TOP 5.14. ‚Ausländerbehörde als Willkommensbehörde umgestalten‘ gemeinsam zu behandeln, wird die vorgelegte Tagesordnung so beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Situation der Aufnahme von Geflüchteten in Köln

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen aus vorherigen Sitzungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und Beantwortungen

3.1 Anfrage zur Abfallentsorgung an der Homarstraße
AN/0263/2021

Beantwortung AN 0263/2020 wilder Müll "Homarstraße in Kalk"
4151/2021

3.2 Anfrage: Einführung vegetarischer Tage in den Kantinen/Verpflegungseinrichtungen der Stadt Köln
AN/1126/2021

3.3 Nachfrage zur Beantwortung der Anfrage "Sachstand herkunftssprachliche bilinguale Kitagruppen"
AN/0291/2022

3.4 Anfrage zur Anwendung eines Urteils des europäischen Gerichtshofes zur Niederlassungserlaubnis
AN/0614/2022

Beantwortung einer schriftlichen Anfrage im Integrationsrat zu "Anwendung eines Urteils des europäischen Gerichtshofes zur Niederlassungserlaubnis"
2324/2022

3.5 Anfrage: Verloren gegangene Unterlagen bei der Ausländer:innenbehörde
AN/0618/2022

Beantwortung einer Anfrage im Integrationsrat zu "verlorengegangene Unterlagen im Ausländeramt"
1931/2022

3.6 Anfrage zum Verbleib von Finanzmitteln aus dem Integrationsbudget hier: Gesundheitswegweiser für Migrant*innen
AN/0797/2022

Beantwortung zur Nachfrage zum Gesundheitswegweiser für Migrant*innen
0877/2022

- 3.7 Anfrage zu Angeboten in den Sozialpsychiatrischen Zentren in den Stadtbezirken /
Stand der Interkulturellen Öffnung des Angebotes
AN/0798/2022

Beantwortung einer schriftlichen Anfrage des FachAK4 zur Sitzung des Integrationsrates am 10.05.2022 zu Angeboten in den Sozialpsychiatrischen Zentren in den Stadtbezirken - Stand der Interkulturellen Öffnung des Angebotes (AN/0798/2022)
1581/2022

- 3.8 Anfrage zum Status von Ukraine-Flüchtlingen aus Drittstaaten
AN/0880/2022

Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Status von Ukraine-Flüchtlingen aus Drittstaaten (AN/0880/2022)
1562/2022

- 3.9 Anfrage zur Überlastung der Ausländerbehörden u. a. Ämter und Abteilungen der Stadtverwaltung – Rechts-kreiswechsel der Geflüchteten aus der Ukraine in die Grundsicherung
AN/0991/2022

- 3.10 Anfrage zur Erreichbarkeit der Kölner Ausländerbehörde und Kontaktdaten der Sachbearbeitung
AN/1007/2022

- 3.11 Anfrage - ÖPNV für Alle
AN/0619/2022

Beantwortung der Anfrage: ÖPNV für Alle?
hier: Anfrage AN/0619/2022 aus der Sitzung vom 22.03.2022
1638/2022

4 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 4.1 Diskriminierung bei der Wohnungssuche – was kann die Stadt tun?
AN/1301/2022

- 4.2 Anfrage zum Verfahrensablauf für die Beantragung des Chancen-Aufenthaltsrechts
AN/1329/2022

5 Mitteilungen

- 5.1 Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln
1468/2022
- 5.2 Jahresbericht Auszugsmanagement 2021
1674/2022
- 5.3 Fertigstellung und Umsetzungsbeginn Förderkonzept Kulturelle Teilhabe
1584/2022
- 5.4 Zielbild des Ausländeramtes
1996/2022
- 5.5 Beantwortung einer Anfrage zu Unterbringung und Angebote für geflüchtete Frauen
1661/2022
- 5.6 Beantwortung einer Anfrage zu Geflüchtete Frauen, Kinder und queere Menschen aus der Ukraine
1345/2022
- 5.7 Platzgestaltung Keupstraße
2301/2022
- 5.8 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Rückführungen 2021
1920/2022
- 5.9 Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von aus der Ukraine Geflüchteten
1864/2022
- 5.10 Jahresbericht 2021 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
1121/2022
- 5.11 1. Quartalsbericht 2022 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
2018/2022
- 5.12 Aufgabe des Standortes am Südstadion als kommunale Erstaufnahme
2321/2022
- 5.13 Herrichtung des ehemaligen Baumarkt-Geländes an der Friedrich-Naumann-Straße 2 in Köln-Porz-Eil als Unterbringungseinrichtung für Geflüchtete
1610/2022
- 5.14 Ausländeramt als Willkommensbehörde umgestalten
2446/2022

- 5.15 Veranstaltung zum Kölner Tag der Menschen mit Behinderung am 12.09.2022
zum Thema Gesundheit
2236/2022

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 6.1 Antrag Sicherstellung des Kinderwohls bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen der Ausländerbehörde
AN/1295/2022

- 6.1.1 Änderungsantrag zu TOP 6.1 - Sicherstellung des Kinderwohls bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen der Ausländerbehörde
AN/1394/2022

7 Berichte

- 7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

- 7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

- 8.1 Besetzungsänderung in der Ausländerrechtlichen Beratungskommission
2201/2022

- 8.2 Maßnahmen der Kulturentwicklungsplanung: Leitbild für kulturelle Teilhabe und Vielfalt
2152/2022

- 8.3 Verwendung von Mitteln aus dem politischen Veränderungsnachweis zum Haushaltsjahr 2022: "Schiffspatenschaft für das Rettungs-Schiff „Alan Kurdi“ des sea eye e.V."
1915/2022

- 8.4 Verteilung der Restmittel zur Förderung von antirassistischen und rassismuskritischen Projekten
2302/2022

- 9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 1 Nicht öffentlicher Teil: Mitteilungen**
- 1.1 Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von aus der Ukraine Geflüchteten - umgesetzte Maßnahmen
1865/2022

I. Öffentlicher Teil

Situation der Aufnahme von Geflüchteten in Köln

Die Ausländerbehörde, Frau Willms, berichtet, dass aktuell 10.297 ukrainische Geflüchtete eine Aufenthaltserlaubnis erhalten bzw. einen Antrag darauf gestellt haben. Insgesamt 8.919 ukrainische Geflüchtete konnten zwischenzeitlich registriert werden.

Das Wohnungsamt, Frau July, teilt mit, dass aktuell 9.573 geflüchtete Menschen und davon 4.760 aus der Ukraine städtisch untergebracht sind.

Von diesen 4.760 Menschen wurden 1.792 in Beherbergungsbetriebe vermittelt. Die aktuellen Zugangszahlen sind stabil bei täglich 18-38 Personen im Welcome Center und bei 30-60 Personen in der Erstaufnahme Mathias Brüggens Straße. Die in der Mathias Brüggens Straße aufgenommenen Personen werden nach einer Erstberatung in die Landeseinrichtungen weitervermittelt. Die Unterbringungsquote beträgt aktuell 103%.

Das Amt für Integration und Vielfalt, Frau Baum beschreibt einen starken Rückgang der Schulberatungen von neu zugewanderten Eltern und ihrer Kinder von wöchentlich 600 im Juni diesen Jahres auf jetzt wöchentlich 65-70.

Auf Nachfrage von RM Frau Hoyer zu den aktuellen Zahlen der Kinder und Jugendlichen der ukrainischen Geflüchteten, die in das Kölner Schulsystem eingemündet sind, sowie nach der Anzahl dieser Kinder in den Kitas, sagt die Verwaltung Frau Baum eine Übermittlung der Zahlen für die Niederschrift zu.

Die Verwaltung gibt folgende Information zur Niederschrift:

Zu den Kindergärten (Stand 20.07.2022):

177 Kinder in städtischen Kitas, 6 Kinder in Tagespflege und 104 Kinder in Brückenprojekten.

Zu den Schulen (Stand 20.07.2022):

2.844 Plätze in Vorbereitungsklassen (VK) (Jahrgangsstufen 1-10) stehen zur Verfügung,

858 Plätze in der Einzelintegration (Jahrgangsstufen 1-10) stehen zur Verfügung,
2.512 Kinder und Jugendliche besuchen die Kölner Schulen (Jahrgangsstufen 1-10),
618 freie Plätze in VK-Klassen stehen zur Verfügung (Jahrgangsstufen 1-10),

572 freie Plätze in der Einzelintegration stehen zur Verfügung (Primar).

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen aus vorherigen Sitzungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und Beantwortungen

**3.1 Anfrage zur Abfallentsorgung an der Homarstraße
AN/0263/2021**

**Beantwortung AN 0263/2020 wilder Müll "Homarstraße in Kalk"
4151/2021**

Zur ergänzenden Nachfrage von Herrn Özküçük liegt noch eine Antwort der Verwaltung vor.

**3.2 Anfrage: Einführung vegetarischer Tage in den Kantinen/Verpflegungseinrichtungen der Stadt Köln
AN/1126/2021**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

**3.3 Nachfrage zur Beantwortung der Anfrage "Sachstand herkunftssprachliche bilinguale Kitagruppen"
AN/0291/2022**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

**3.4 Anfrage zur Anwendung eines Urteils des europäischen Gerichtshofes zur Niederlassungserlaubnis
AN/0614/2022**

**Beantwortung einer schriftlichen Anfrage im Integrationsrat zu "Anwendung eines Urteils des europäischen Gerichtshofes zur Niederlassungserlaubnis"
2324/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.5 Anfrage: Verloren gegangene Unterlagen bei der Ausländer:innenbehörde
AN/0618/2022**

**Beantwortung einer Anfrage im Integrationsrat zu "verlorengegangene Unterlagen im Ausländeramt"
1931/2022**

Die Verwaltung Frau Willms bestätigt auf Nachfrage von IRM Frau Khan, dass die Beantwortung öffentlich sei und somit interessierten Personen weitergegeben werden kann bzw. den städtischen Mitarbeitenden das beschriebene Verfahren bekannt ist.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.6 Anfrage zum Verbleib von Finanzmitteln aus dem Integrationsbudget hier: Gesundheitswegweiser für Migrant*innen
AN/0797/2022**

**Beantwortung zur Nachfrage zum Gesundheitswegweiser für Migrant*innen
0877/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.7 Anfrage zu Angeboten in den Sozialpsychiatrischen Zentren in den Stadtbezirken /
Stand der Interkulturellen Öffnung des Angebotes
AN/0798/2022**

**Beantwortung einer schriftlichen Anfrage des FachAK4 zur Sitzung des Integrationsrates am 10.05.2022 zu Angeboten in den Sozialpsychiatrischen Zentren in den Stadtbezirken - Stand der Interkulturellen Öffnung des Angebotes (AN/0798/2022)
1581/2022**

Das beratende Mitglied Herr Abeke gibt den Hinweis, dass dem Integrationsrat bereits vor 2 Jahren auf seine Anfrage hin, eine umfangreiche Antwort der Verwaltung zu diesem Thema vorgestellt wurde.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.8 Anfrage zum Status von Ukraine-Flüchtlingen aus Drittstaaten
AN/0880/2022**

**Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Status von Ukraine-Flüchtlingen aus Drittstaaten (AN/0880/2022)
1562/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.9 Anfrage zur Überlastung der Ausländerbehörden u. a. Ämter und Abteilungen der Stadtverwaltung – Rechts-kreiswechsel der Geflüchteten aus der Ukraine in die Grundsicherung
AN/0991/2022**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

**3.10 Anfrage zur Erreichbarkeit der Kölner Ausländerbehörde und Kontaktdaten der Sachbearbeitung
AN/1007/2022**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

**3.11 Anfrage - ÖPNV für Alle
AN/0619/2022**

**Beantwortung der Anfrage: ÖPNV für Alle?
hier: Anfrage AN/0619/2022 aus der Sitzung vom 22.03.2022
1638/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

**4.1 Diskriminierung bei der Wohnungssuche – was kann die Stadt tun?
AN/1301/2022**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

**4.2 Anfrage zum Verfahrensablauf für die Beantragung des Chancenaufenthaltsrechts
AN/1329/2022**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

5 Mitteilungen

**5.1 Evaluation der kommunalen Seniorenprogramme der Stadt Köln
1468/2022**

IRM Frau Klimaszewska-Golan begrüßt als Leiterin des FachAK die vorgelegte Evaluation der Seniorenprogramme, die deutliche Hinweise darauf gebe, den Bereich der

Senior*innen mit internationaler Geschichte künftig stärker in den Focus zu nehmen. Sie schlägt daher vor, im Rahmen des Projektes ‚Guter Lebensabend‘, den bezirklichen Seniorenkoordinationen ein Fortbildungsangebot zur migrationssensiblen Seniorenarbeit anzubieten, da dies eine gute Möglichkeit sei, im so genannten Top Down Verfahren das Thema interkulturelle Sensibilität in die städtischen Seniorenangebote einzubringen. Hierfür könnte der FachAK auch gerne bei der Referent*innensuche behilflich sein.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2 Jahresbericht Auszugsmanagement 2021 1674/2022

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3 Fertigstellung und Umsetzungsbeginn Förderkonzept Kulturelle Teilhabe 1584/2022

IRM Herr Edis lobt die vorgelegte Mitteilung, da viele Anregungen aus Gesprächen mit dem Kulturamt jetzt aufgenommen wurden.

IRM Herr Özküçük kritisiert, dass die über einen Antrag aus dem FachAK 1 eingebrachten Punkte von der Verwaltung nicht aufgenommen und berücksichtigt wurden.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4 Zielbild des Ausländeramtes 1996/2022

TOP 5.7 wird unter diesem TOP mitbehandelt.

(In der Sitzung des Integrationsrates waren Fragenblöcke beantwortet worden. Zur besseren Lesbarkeit wurden die Antworten der Verwaltung direkt den Fragestellungen zugeordnet.)

IRM Carine Weber möchte wissen, warum die Rückmeldung auf die Beantragung einer Verpflichtungserklärung 15 Wochen dauere und dies früher an einem Tag erledigt worden sei.

Die Verwaltung Frau Willms begründet dies mit der hohen Arbeitsbelastung in der Ausländerbehörde aufgrund der Zuwanderung aus der Ukraine und den Nachwirkungen aufgrund der coronabedingten Einschränkungen des Kunden*innenverkehrs. Insbesondere im Bereich der Bonitätsprüfung/ Verpflichtungserklärung hat sich die Antragslage seit April 2022 verdreifacht, weil beispielsweise nach der Coronazeit Hochzeiten mit Familienangehörigen aus dem Ausland nachgeholt werden. Frau Willms bietet in schwierigen Fällen an, sie selbst direkt anzusprechen.

IRM Herr Rütten führt aus, dass im Zielbild des Ausländeramtes u.a. zwar auf die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und des Ehrenamt eingegangen werde, allerdings fehle aus seiner Sicht der Hinweis auf die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit, die in der Novelle des Teilhabe- und Integrationsgesetz beschrieben und künftig zur Regel werden solle. Die Stadt Köln hatte sich seinerzeit am Vorgängerpro-

gramm ‚Einwanderung gestalten‘ beteiligt und wisse doch daher, dass rechtskreisübergreifend gearbeitet werden solle.

Herr Rütten fragt, welche Rolle die Ausländerbehörde im Kontext der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit spiele, zumal im Integrationsgesetz beschrieben worden sei, dass es hier nicht nur um Integrationsprozesse, sondern auch insgesamt um die Steuerung von Einwanderungsprozessen gehe, die zwischen den Ämtern bzw. Dezernaten abgestimmt werden müssten.

Er führt weiter aus, dass dankenswerterweise im Papier ‚Ausländerbehörde als Willkommensbehörde umgestalten‘, der Hinweis auf dieses Programm enthalten sei und hoffe, dass in der Zukunft seitens der Ausländerbehörde hier deutliche Akzente gesetzt werden, so dass es nicht permanent zu Widersprüchen bei den Aufträgen und in den Auffassungen der Ämter komme und stattdessen im Interesse der Einwandernden Lösungswege gefunden würden.

Die Verwaltung Frau Willms verweist hier auf die gute Zusammenarbeit der Ämter bei der Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine. So gab es, koordiniert vom Krisenstab, z.B. zum Rechtskreiswechsel eine sehr gute Zusammenarbeit mit Wohnungsamt, Sozialamt und Jobcenter. Selbstverständlich sei auch die sehr gute Zusammenarbeit mit dem „Schwesteramt“ Amt für Integration und Vielfalt, mit dem viele Dinge, wie z.B. jetzt die künftige Aufgabe zur ‚Chancen AE‘, vorher abgestimmt würden. Die Ausländerbehörde versuche, alles im Sinne der Betroffenen miteinander zu regeln, ohne dass dies vorher in Konzeptpapiere hineingeschrieben würde.

IRM Herr Hooghoughi unterstützt die Initiative der Umgestaltung der Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde. Es gebe aktuell dankenswerterweise eine breite Solidarität bei der Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten. In der Community der Geflüchteten würde allerdings festgestellt, dass es hier Unterschiede in der Behandlung der Menschen aus anderen Ländern gebe, die aber oftmals aus denselben Gründen und teilweise vor demselben Fluchtverursacher geflohen seien. Herr Hooghoughi fordert dazu auf, kritisch nachzufragen, warum diese Unterschiede gemacht würden und sieht die Dringlichkeit einer Änderung der Aufnahmeprozesse der Geflüchteten im Sinne einer Gleichbehandlung.

Die Verwaltung Frau Willms bedauert den beschriebenen Sachverhalt und verweist auf die einschlägige Rechtsgrundlage zur Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten. Frau Willms sieht die Notwendigkeit, sich in der Zukunft – unabhängig von der jeweiligen Rechtsgrundlage – mit der Willkommenskultur und anderen Formen des Umgangs mit den Kund*innen des Ausländeramtes zu beschäftigen.

Das beratende Mitglied Herr Pröll fragt nach, ob bei der Mitteilung ‚Zielbild Ausländerbehörde‘ nicht ein Missverständnis vorliege, da es sich hier aus seiner Sicht eher um die reine Beschreibung von Verfahren handele.

Zudem frage er sich, warum im Vergleich zum Selbstverständnispapier der Ausländerbehörde aus 2021 im nahezu wortgleichen Zielpapier, im Kapitel zu den Rückführungen, jetzt das Wort ‚Priorisierung‘ nicht mehr verwendet werde. Auch stehe die Aussage im Zielpapier zu der Zahl der Rückführungen im Widerspruch zu den Aussagen in der Mitteilung unter TOP 5.8 (1920/2022), denn die absolute Zahl der Rückführungen sei sehr wohl gestiegen. Insgesamt nehme das Kapitel ‚Rückführungen‘ im jetzigen Zielbild erheblich mehr Raum ein, als im damaligen Papier zum Selbstverständnis der Ausländerbehörde.

Die Verwaltung Frau Willms bestätigt, dass in Teilen die Themen im Zielpapier ausführlicher beschrieben worden seien, sich aber an der Grundhaltung der Ausländerbehörde überhaupt nichts verändert habe. Auch wenn einzelne Worte vielleicht geändert worden seien, stehe das Ausländeramt den hier anwesenden Migrantinnen und Migranten zur Seite. Frau Willms bittet deshalb darum, nicht jedes Wort auf die Gold-

waage zu legen. Bei den Aussagen zu den Rückführungen handele es sich um Prozentzahlen, die im Jahresvergleich nicht gestiegen seien. Frau Willms verweist darauf, dass in den Coronajahren durch u.a. geschlossenen Grenzen und weniger Charterflüge durch das Land weniger Rückführungen vorgenommen wurden.

IRM Herr Edis bezieht sich auf den angekündigten Workshop am 26.8. und die Auflistung der dazu eingeladenen Institutionen. Aus seiner Sicht gebe bei der Zusammensetzung des Begleitgremiums noch Optimierungsbedarf, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Blickwinkel der direkt von der Arbeit der Ausländerbehörde betroffenen Personen im Begleitgremium stärker sichtbar gemacht und diskutiert werden muss. Herr Edis würde es begrüßen, wenn seitens der jetzt eingeladenen Institutionen wie z.B. dem Runden Tisch für Integration und dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen, direkt Betroffene delegiert werden könnten. Für das Begleitgremium schlägt er zusätzlich eine Erweiterung um eine Vertretung aus den Interkulturellen Zentren vor, da hier viel Kontakt zu Kund*innen der Ausländerbehörde bestehe. Grundsätzlich hält er es zudem für erforderlich, das Thema Rassismuskritik als Querschnittsaufgabe im Begleitgremium mit zu behandeln.

Die Verwaltung Frau Willms weist darauf hin, dass ein Begleitgremium nicht aus einer exorbitant hohen Zahl von Personen bestehen sollte, damit es arbeitsfähig bleibe. Es gab deshalb eine bewusste Beschränkung auf die genannten Mitglieder und sie plädiere dafür, das Thema nicht an weitere Betroffene zu delegieren, um eine verstetigte Zusammenarbeit zu gewährleisten. Unabhängig davon könne man aber überlegen, zusätzliche Expertise über gesonderte Einladungen von externen Personen zu den Begleitgremiensitzungen einzuholen. Bzgl. des Themas Rassismuskritik führt Frau Willms aus, dass sich insbesondere unter dem aktuellen Arbeitsdruck sicherlich nicht jeder Mitarbeitende immer optimal verhalte, dies dann aber auch nicht geduldet werden dürfe. Diesbezügliche bisher durchgeführte Schulungen mussten coronabedingt und aufgrund des hohen Zuzugs von Geflüchteten aus der Ukraine zurückgefahren werden. Diese Schulungen sollen aber, mit entsprechenden Empfehlungen aus dem Begleitgremium, künftig wieder angeboten werden.

IRM Herr Edis bekräftigt, dass er nicht gefordert habe, die Themen des Begleitgremiums nach extern zu delegieren, sondern er die zum Workshop eingeladenen Institutionen gebeten habe, die Teilnahme am Gremium an Menschen mit internationaler Geschichte zu delegieren. Dies sei wichtig, um die Betroffenenperspektive einzubringen, damit nicht über sie, sondern mit ihnen gesprochen werde.

IRM Frau Khan begrüßt die Aussage im Zielbild, dass die Ausländerbehörde keine reine Ordnungsbehörde sei, zeigt sich aber irritiert darüber, dass der Abschnitt über die Abschiebung trotzdem am längsten sei. Frau Khan geht davon aus, dass mit dem genannten „professionellem Service“ auch die künftige Mehrsprachigkeit in der Ausländerbehörde gemeint ist und neben dem Angebot von Dolmetscher*innen auch die Möglichkeit bestehe, dass Mitarbeitende des Ausländeramtes - wenn sie dazu bereit sind - ihre Mehrsprachigkeit aktiv einsetzen dürften.

Die Verwaltung Frau Willms beabsichtigt, mehrere Sprachen im Ausländeramt anzubieten, gerade weil z. B. für die ukrainische Sprache zeitweise keine auskömmliche Zahl von Dolmetschenden zu finden waren. Die Nutzung mehrerer Sprachen sei etwas, das schon gelebt werde, denn über 1/3 der Mitarbeiter*innen bringen eine Heimatsprache mit und helfen bei jeder Gelegenheit auch damit aus. Die Mitarbeiter*innen sollen künftig verstärkt die Standardsprachen erlernen, allerdings sei dies nicht einfach mit einem VHS Kurs für Englisch und Französisch möglich, da hier dann auch Fachbegriffe gelernt werden müssten.

Frau Willms sieht ihre Heimatstadt Köln als Willkommensstadt und z.B. das mit den Trägern entwickelte Bleiberechtsprogramm sei in dieser Hinsicht ein Erfolg. Sie freue

sich darüber, dass mit der Chancen AE eine weitere Möglichkeit des Aufenthaltes in Köln geschaffen werde.

Das beratende Mitglied Eli Abeke verweist darauf, dass die Bemühungen einer freundlicheren Ausländerbehörde schon seit Jahren auf der Agenda des Integrationsrates stehen. Wenn Köln tatsächlich gegenüber Migrant*innen offen sein wolle, sollten die seit Jahren im Integrationsrat beschlossenen Anträge einfach einmal umgesetzt werden. Wenn er heute noch berichtet bekomme, dass afrikanisch stämmige Menschen in einem Kölner Amt aufgefordert würden: „Geh‘ dahin wo du herkommst“, stelle er sich die Frage, wo Köln hier immer noch stehe.

Die Verwaltung Frau Willms entschuldigt sich dafür, wenn eine solche Aussage gemacht worden sei. Dies sei unhöflich und menschenverachtend und sie werde dieser Angelegenheit nachgehen. Sie empfiehlt in ähnlichen Fällen, dies direkt bei den Vorgesetzten anzusprechen damit dies gemeinsam mit den Sachbearbeiter*innen aufgearbeitet und ausgeräumt wird.

RM Frau Hoyer beschreibt die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit als Herausforderung und Chance, wie es z.B. auch das Programm KIM (Kommunales Integrationsmanagement) sei. Sie freut sich über die Thematisierung einer Entwicklung zur ‚Willkommensbehörde‘ und die im Zielpapier beschriebene Haltung, sieht aber die dringende Notwendigkeit, diese Papiere auch mit Leben zu füllen. Leider sei diese beschriebene Haltung in der Antwort der Ausländerbehörde unter TOP 3.5 zu den verlorengegangenen Unterlagen im Ausländeramt für sie überhaupt nicht spürbar, denn man könne viel aufschreiben, aber die Umsetzung sei das Wichtigste. (Beifall)

Das beratende Mitglied Herr Uellenberg van Dawen unterstützt die Aussage von Frau Hoyer und wünscht sich, dass das Wort „konsequent“ nicht bei dem Thema Rückführungen stünde, sondern beim Thema Ermöglichung eines Bleiberechtes. Er mache sich große Sorgen über die Haltung der Ausländerbehörde und fragt nach, ob der letzte Absatz im Kapitel Rückführungen eine Tatsachenbeschreibung oder ein Ziel sei. Denn wenn dieser Passus tatsächlich die Haltung des Ausländeramtes beschreibe, müsse es doch das erklärte Ziel sein, dass es keine Festnahmen der Betroffenen während ihres Besuches in der Ausländerbehörde und keine Abschiebungen morgens in der Frühe gebe und zudem ein Arzt und ein Anwalt beteiligt würden. Er erkenne nicht, dass die im Zielpapier genannte Haltung mit der Realität übereinstimme. (Beifall)

Die Verwaltung Frau Willms bittet bzgl. des Haltungspapieres noch einmal darum, nicht jedes Wort auf die Goldwaage zu legen, denn vieles sei im Bauch gut gefühlt aber vielleicht nicht so gut oder so glücklich ausgedrückt. Sie bittet darum, aufzupassen was in der Presse aufbereitet werde und mit dem zu vergleichen, was tatsächlich geschehen ist. Aus Datenschutzgründen könne das Ausländeramt aber dazu keine Gegendarstellung machen. Unabhängige Institutionen hätten aber dem Ausländeramt bestätigt, dass bei Rückführungen keine übergriffigen Dinge passiert seien und dass im Gegenteil, wenn nötig z.B. ein Arzt dabei sei, das Jugendamt angefragt werde und - darauf habe sie besonders geachtet - dass natürlich in Zukunft Dolmetscher*innen dabei seien, auch wenn, da vorher alles erklärt worden sei, es eigentlich in der Verantwortung der Eltern läge, wenn dann in der Rückführungssituation doch Kinder zum Dolmetschen herangezogen würden.

RM Frau Yazicioglu möchte, dass der Prozess zur Willkommensbehörde mehr werde als eine einfache Namensänderung. Sie begrüßt die Einrichtung eines Begleitgremiums, um all die genannten Fragen zur Haltung, zur Abschiebung etc. mitzunehmen und zu diskutieren, damit das Ausländeramt den dort vorsprechenden Menschen gerecht werde.

Die Verwaltung Frau Willms befürwortet, dass Strukturen geschaffen werden sollen, die den Menschen gerecht werden, denn dies sei der Maßstab, an dem sich Verwaltung messen lassen müsse. Nicht verändert werden könnten die rechtlichen Vorgaben, die umgesetzt werden müssen. Dennoch sei es hier auch notwendig, den Menschen das Verständnis für diese Maßnahmen zu vermitteln. Frau Willms weist darauf hin, dass die Mitarbeitenden im Ausländeramt aktuell völlig überlastet seien, aber dennoch alles getan werde, den Menschen zu helfen. Vor diesem Hintergrund wünsche sie sich daher etwas mehr Wohlwollen und Unterstützung.

RM Frau Yazicioglu bezieht sich auf die drei im Haltungspapier genannten Amtsziele, betont die Wichtigkeit der ersten beiden Ziele und fragt nach, ob das dritte Ziel einer „konsequenten Rückführung von Gefährder*innen ...“ dann doch kein eigentliches Ziel und der Satz damit dort falsch platziert sei.

Die Verwaltung Frau Willms verneint dies und beschreibt, die konsequente Rückführung von Gefährder*innen und intensiven Straftäter*innen, sowie von Personen, die sich der Integration verweigern als eine gesetzliche Vorgabe und damit ein quasi übergeordnetes Ziel sei, das sich das Ausländeramt auf die Fahne schreiben muss und dem es sich nicht entziehen könne. Im Unterschied dazu bestünden bei den oberen beiden Zielen Gestaltungsmöglichkeiten, wie das Ziel konkret aussehen könne.

RM Frau Yazicioglu erwidert, dass sie das etwas anders sehe und das Thema Rückführungen eher eine Aufgabe des Ausländeramtes sei und nicht etwas, was sich das Ausländeramt als eines von drei Handlungszielen auf die ‚Fahne schreiben‘ solle.

Die Verwaltung Frau Willms erwidert darauf, dass sie Frau Yazicioglu hier nicht ihre Meinung nehmen möchte.

Das beratende Mitglied Herr Prölß macht darauf aufmerksam, dass die Begrifflichkeit ‚konsequente Rückführung‘ so nicht im Gesetz stünde, sondern der Zusatz ‚konsequent‘ eine politische Aussage sei. Er schlägt vor dies im Begleitgremium zu diskutieren.

Die Verwaltung Frau Willms sieht den Workshop als Auftakt eines ergebnisoffenen Diskussionsprozesses, der als erstes die Aufgabe habe, eine Ausschreibung für eine externe Beratungsfirma zu formulieren. Wie das zukünftige Begleitgremium dann tatsächlich aussehe, könne man dann noch diskutieren.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5 Beantwortung einer Anfrage zu Unterbringung und Angebote für geflüchtete Frauen 1661/2022

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.6 Beantwortung einer Anfrage zu Geflüchtete Frauen, Kinder und queere Menschen aus der Ukraine 1345/2022

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.7 Platzgestaltung Keupstraße 2301/2022

IRM Herr Edis bittet darum diese Mitteilung auch dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Ausschuss Kunst und Kultur und der Bezirksvertretung Mülheim vorzulegen. Herr Edis zeigt sich über folgenden Passus der Mitteilung irritiert: *„Nach Vorliegen eines ersten Entwurfes sollen dieser der Öffentlichkeit vorgestellt und damit interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geboten werden, aktiv den Entwurf zu diskutieren und sich in den Planungsprozess einzubringen“*, da in der langen Diskussion um das Denkmal das Agreement getroffen worden sei, die unmittelbar vom Anschlag Betroffenen, die Betroffenen in der Keupstraße und die vor Ort tätige Initiative eng bei der Konzeptionierung und Gestaltung des Platzes mit einzubeziehen. Herr Edis bittet deshalb um Rückmeldung wie der Beteiligungsprozess zu verstehen sei.

Des Weiteren sei in den Planungen die Rede davon, dass das Mahnmal erst nach Errichtung aller Hochbauten umgesetzt werden könne. Herr Edis fragt nach, ob es nicht eine Möglichkeit gebe das Denkmal schon vorher zu realisieren.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.8 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Rückführungen 2021 1920/2022

Das beratende Mitglied Herr Prölß dankt für die ausführliche Mitteilung und weist darauf hin, dass 78% der Geduldeten länger als 5 Jahre in Köln leben und dieser Personenkreis potentiell vom ‚Chancen Aufenthaltsrecht‘ begünstigt werden könnte.

Die Verwaltung Frau Willms beantwortet darüber hinaus verschiedene rechtliche Detailfragen der Mitglieder des Integrationsrates.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.9 Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von aus der Ukraine Geflüchteten 1864/2022

Dieser TOP wurde unter TOP 0 mitbehandelt.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.10 Jahresbericht 2021 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 1121/2022

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.11 1. Quartalsbericht 2022 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 2018/2022

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.12 Aufgabe des Standortes am Südstadion als kommunale Erstaufnahme
2321/2022**

Dieser TOP wurde unter TOP 0 mitbehandelt.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.13 Herrichtung des ehemaligen Baumarkt-Geländes an der Friedrich-
Naumann-Straße 2 in Köln-Porz-Eil als Unterbringungseinrichtung für
Geflüchtete
1610/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.14 Ausländeramt als Willkommensbehörde umgestalten
2446/2022**

Dieser TOP wurde unter TOP 5.4 mitbehandelt.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.15 Veranstaltung zum Kölner Tag der Menschen mit Behinderung am
12.09.2022 zum Thema Gesundheit
2236/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**6.1 Antrag Sicherstellung des Kinderwohls bei aufenthaltsbeendenden
Maßnahmen der Ausländerbehörde
AN/1295/2022**

Die Antragstellerinnen der SPD-Fraktion, RM Frau Brock-Storms und der Fraktion Die Linke, RM Frau Niknamtavin erklären, den Änderungsantrag unter 6.1.1 zu unterstützen.

Für die Antragsteller*innen begründet RM Frau Yazicioglu den Änderungsantrag und dankt für den inhaltlichen Aufschlag zum Antrag.

6.1.1 Änderungsantrag zu TOP 6.1 - Sicherstellung des Kinderwohls bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen der Ausländerbehörde AN/1394/2022

Die Vorsitzende Frau Klimaszewska-Golan lässt zuerst über den Änderungsantrag abstimmen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag:

Beschluss:

1. Wir begrüßen den Einsatz der Oberbürgermeisterin und der Ausländerbehörde bei der Landesregierung, dass diese im Wege eines „Vorgriffserlasses“ die Kölner Ausländerbehörde in die Lage versetzt, die von der Bundesregierung geplanten Reformen im Ausländerrecht in größtmöglichem Rahmen umzusetzen. Somit verbessert sich für viele Kinder und Jugendliche die Perspektive auf eine sichere Zukunft in Köln.
2. Die Verwaltung erarbeitet bis 31.12.2022 Maßgaben zur Ermittlung und Sicherstellung des Kindeswohls bei Entscheidung zu aufenthaltsbeendenden Maßnahmen. Es wird empfohlen den Runden Tisch für Flüchtlingsfragen zu Rate zu ziehen. Hierbei sind neben gesetzlichen Vorgaben auch die Selbstverpflichtungen der Stadt Köln u.a. aus der Eigenschaft als „Kinderfreundliche Kommune“ und Stadt Köln als „Sicherer Hafen“ zu berücksichtigen. Im Zuge der Maßgaben-Ermittlung soll u.a. geprüft werden, ob bei Abschiebungen, von denen Minderjährige betroffen sind, obligatorisch das Jugendamt mit seiner Fach- und Sachkenntnis hinzugezogen werden und eine individuelle Stellungnahme abgewartet werden kann. Hierbei sind außerdem Aspekte der Bildungschancen zu berücksichtigen.
3. Zur Sicherstellung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme und der Möglichkeit der Ausreisepflichtigen, selbst zur Wahrung ihrer Rechte beizutragen und einschlägige Sachverhalte vorzubringen, sind bei Eröffnung der Ausreisepflicht auf die Ausländerrechtliche Beratungskommission (ABK), die Härtefallkommission des Landes und die Beratungsstellen für Geflüchtete hinzuweisen. Außerdem wird bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen empfohlen, die ABK aktiv zu beteiligen, wenn minderjährige Personen betroffen sind.
4. Der Integrationsrat empfiehlt diesen geänderten Beschluss (o.g. Punkte 1-3) den nachfolgenden Gremien: Dem Ausschuss Jugendhilfe und Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

- II.** Die Beschlussfassung zum Ursprungsantrag unter TOP 6.1 hat sich damit erledigt.

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

8.1 Besetzungsänderung in der Ausländerrechtlichen Beratungskommission 2201/2022

Beschluss:

Der Rat bestellt für die Dauer der Wahlperiode auf Vorschlag der Flüchtlingsberatungsstellen und der freien Wohlfahrtspflege

1. für die Flüchtlingsberatungsstellen
Frau Nicola Markgraf (Rom e.V.) anstelle von Frau Denise Klein
zum stellvertretenden Mitglied der Ausländerrechtlichen Beratungskommission.
2. für die freie Wohlfahrtspflege
Frau Alice Rennert (Caritasverband für die Stadt Köln e.V.) anstelle von Frau Monika Kuntze
als Ordentliches Mitglied der Ausländerrechtlichen Beratungskommission
3. für die freie Wohlfahrtspflege
Frau Annette de Fallois (Diakonisches Werk Köln) vom stellvertretenden Mitglied zum ordentlichen Mitglied der Ausländerrechtlichen Beratungskommission
4. für die freie Wohlfahrtspflege
Frau Birgit Pikullik (Diakonisches Werk Köln) vom ordentlichen Mitglied zum stellvertretenden Mitglied der Ausländerrechtlichen Beratungskommission

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

8.2 Maßnahmen der Kulturentwicklungsplanung: Leitbild für kulturelle Teilhabe und Vielfalt 2152/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme „Erarbeitung eines Leitbildes für Kulturelle Teilhabe und Vielfalt“ aus der Kulturentwicklungsplanung.

Im Haushaltsplan 2022 stehen Mittel für den Kulturentwicklungsplan im Teilplan 0416-Kulturförderung, Teilplanzeile 13-Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung. Die Maßnahme soll mit insgesamt 50.000 € im Jahr 2022 aus diesem Budget finanziert werden. Der KEP-Lenkungskreis hat die Maßnahme befürwortet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (bei zwei Enthaltungen)

8.3 Verwendung von Mitteln aus dem politischen Veränderungsnachweis zum Haushaltsjahr 2022: "Schiffspatenschaft für das Rettungs-Schiff „Alan Kurdi“ des sea eye e.V." 1915/2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt die Förderung von sea eye e.V., Lokalgruppe Köln, in Höhe von 10.000 € jährlich für die Haushaltsjahre 2022-2025 und beschließt gleichzeitig die Freigabe der Mittel in Höhe von 10.000 € für das Haushaltsjahr 2022.

Die Finanzmittel stehen in den Haushaltsjahren 2022-2025 im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity – in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen – zur Verfügung, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzungen 2023-2025.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (bei Enthaltung der FDP)

8.4 Verteilung der Restmittel zur Förderung von antirassistischen und rassistismuskritischen Projekten 2302/2022

IRM Herr Edis hebt die Vielfalt und Qualität der Anträge hervor. Er weist darauf hin, dass damit der Fördertopf mit 100.000 € für dieses Jahr ausgeschöpft ist und bittet die Ratsfraktionen und die Verwaltung darum, im Zuge der bevorstehenden Haushaltsplanberatungen dafür Sorge zu tragen, dass weiterhin der Betrag in Höhe von 100.000 € im Jahr bereit gestellt und verstetigt wird.

Beschluss:

Der Integrationsrat Köln beschließt die Verteilung und Freigabe der Restmittel zur Förderung von Projekten der rassistismuskritischen und antirassistischen Arbeit im Jahr 2022 wie folgt:

1. „Tafel der Brüderlichkeit“ - Mit Vielfalt gegen Diskriminierung.
Antragsteller*in: Alevitisches Kulturzentrum Köln Porz
Fördersumme: 1.000 Euro
2. „MinDset“: Rassismen gegen Muslim*innen erkennen und bewältigen
Antragsteller*in: Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V.
Fördersumme: 6.800,00 Euro
3. „We can Speak-Starters“
Antragsteller*in: Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Fördersumme: 8.000,00 Euro
4. „Die Berufe der Roma begangen vor 12.000 Jahren in den Steppen Zentralasiens bis heute“
Antragsteller*in: International EU-Rom e.V.
Fördersumme: 2.335,00 Euro

5. „Theodor Wonja Michael Bibliothek“
Antragsteller*in: Sonnenblumen Community Development Group e.V.
Fördersumme: 3.800,00 Euro
6. „Werde gehört!“ Modul: Antidiskriminierung
Antragsteller*in: Jubigo e.V.
Fördersumme: 1.540,00 Euro
7. „Fachtagung Antislawismus aus intersektionaler Perspektive“
Antragsteller*in: Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische
Zusammenarbeit e.V.
Fördersumme: 1.800,00 Euro
8. „Antirassismus-Workshopreihe“
Antragsteller*in: Pamoja Afrika e.V.
Fördersumme: 3.500€

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (bei einer Enthaltung)

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

IRM Herr Edis nimmt Bezug auf die aktuelle städtische Plakatkampagne zum Schul-anfang. Er zeigt sich irritiert über das diesjährige Plakat, denn der Rat hatte auf Initiative des Integrationsrates bereits im Jahr 2016 die Verwaltung *„aufgefordert,*

bei der Gestaltung und insbesondere der Bebilderung städtischer Publikationen (Plakate,

Flyer, Informationsbroschüren etc.) künftig konsequent auf eine angemessene Berücksichtigung der ethnischen Vielfalt in Köln zu achten.“

beschlossen

Herr Edis bittet um die Beantwortung der Frage:

Warum wird der vom [Ratsbeschluss vom 22.09.2016](#) zur Bebilderung städtischer Publikationen nicht umgesetzt?

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Nicht öffentlicher Teil: Mitteilungen

Die Vorsitzende Frau Klimaszewska-Golan bittet die anwesende Öffentlichkeit, den Saal zu verlassen.

1.1 Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von aus der Ukraine Geflüchteten - umgesetzte Maßnahmen 1865/2022

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Vorsitzende Frau Klimaszewska-Golan beendet die Sitzung um 17:50 Uhr.